

03) Radovan Cerjak: Woher beziehen Brüsseler Beamte die Informationen für Ihre Berichte über Slowenien?

Von Metod Berlec

11. 08. 2021



Radovan Cerjak · Foto: Polona Avanzo / Demokracija

Wir sprachen mit dem bekannten Rechtsanwalt Radovan Cerjak aus Ljubljana, der vor einem Jahrzehnt vor dem Verfassungsgericht der Republik Slowenien mit einem Antrag auf Verbot der Benennung der Tito-Straße in Ljubljana Erfolg hatte. In letzter Zeit wurde er auch als Supervisor der slowenischen Presseagentur und der Telekom Slovenije bekannt.

DEMOKRACIJA: Herr Cerjak, in seiner Sitzung vom 26. September 2011 hat das Verfassungsgericht der Republik Slowenien auf Ihre Anregung bzw. Ihren Antrag hin das Dekret der Stadt Ljubljana über die Benennung der Tito-Straße für nichtig erklärt. Das Dekret wurde im Stadtrat auf Initiative des verstorbenen Peter Božič von der Liste Zoran Janković verabschiedet. In seiner Begründung erklärte das Gericht, dass die Benennung der Straße mit dem Namen „Tito-Straße“ mit dem Verfassungsgrundsatz der Achtung der Menschenwürde laut Artikel 1 der Verfassung der Republik Slowenien unvereinbar sei. Wie sehen Sie die damalige Entscheidung des Verfassungsgerichts heute? Welche Bedeutung hat sie?

Cerjak: Ich persönlich denke, dass die Benennung der Tito-Straße in Ljubljana eine bewusste Provokation war. Einige, die tatsächlich hinter dieser Ernennung standen, haben die Grenzen der Geduld von anderen auf die Probe gestellt. Wir waren uns damals mit dem

ehemaligen Opfer des kommunistischen Regimes, der heute leider verstorbenen Frau Lidija Drobnič, und einigen anderen einig, dass wir diese Ernennung zu verhindern versuchen. Ich habe den Fall operativ vor dem Verfassungsgericht der Republik Slowenien durchgeführt.

Auch ich war von der Entscheidung des Verfassungsgerichts überrascht, das einstimmig feststellte, dass der Verbrecher Josip Broz Tito ein Mann war, der in eine Reihe mit den größten Massenmördern der Welt (Stalin, Mao Zedong, Hitler und Pol Pot) gestellt werden kann. Überrascht im positiven Sinne. Damals wurde mir klar, dass selbst Dinge, die man verloren geglaubt hatte, noch geändert werden können, und das gab mir Hoffnung auf weitere mögliche Veränderungen.

Leider wurde bei dieser Entscheidung eine salomonische Lösung gewählt, nach der nur neue Benennungen nach Verbrechern wie Tito verfassungswidrig seien. Das ist eine Schwäche dieser Entscheidung, aber selbst in dieser Form ist die Entscheidung des Verfassungsgerichts sehr hilfreich für alle Opfer des kommunistischen Regimes, die sich durch die Benennung von Straßen und Plätzen nach solchen Verbrechern verletzt fühlen. Ihre persönliche Würde ist dadurch betroffen.

In Deutschland, wo unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg eine konsequente Entnazifizierung stattfand, kann derartiges nicht passieren. Dort ist die Verherrlichung von Nazi-Symbolen verboten. Es gibt keine Straße oder keinen Platz, der nach Adolf Hitler oder einem anderen Nazi-Verbrecher benannt ist. Die Deutschen sind mit ihrem Totalitarismus fertig. Ich hoffe, das auch in meinem Heimatland zu erleben...

DEMOKRACIJA: Wie sehen Sie das, was in Radenci passiert? Nachdem das Verfassungsgericht Anfang Juni das Dekret zur Umbenennung der Tito-Straße in Radenci in Straße der slowenischen Unabhängigkeit aufgehoben hat, hat der Gemeinderat auf Initiative von Bürgermeister Roman Leljak Ende Juni die Umbenennung erneut unterstützt. Nun fordern die Anhänger des jugoslawischen kommunistischen Diktators ein Referendum zu diesem Thema...

Cerjak: Offenbar haben wir immer noch Köpfe ohne einen Funken Verstand. Egal, was man in Radenci über den Bürgermeister denkt, eine solche Umbenennung ist eine Frage der Zivilisation. Und kein vernünftiger Mensch würde ein Referendum über eine solche Frage verlangen. Keiner! In Radenci gibt es aber immer noch einige, die aus ihrem ideologischen Rahmen nicht herauskommen, weil sie gegen den Bürgermeister sind. Leider!

DEMOKRACIJA: Nun, in letzter Zeit hat das Verfassungsgericht mit einigen Entscheidungen für Aufsehen gesorgt, bei denen man das Gefühl nicht loswird, dass sie zumindest teilweise politisch motiviert sind. In der vergangenen Woche fand die Entscheidung großen Widerhall, dass die Verordnungen der Regierung, mit denen die Zahl der Teilnehmer an Kundgebungen während der neuen Coronavirus-Epidemie verboten und begrenzt wurde, verfassungswidrig waren. Wie stehen Sie zu diesen Entscheidungen der Richter?

Cerjak: Die Entscheidungen des Verfassungsgerichts der Republik Slowenien und anderer Gerichte müssen respektiert werden, auch wenn sie schwer zu verstehen sind. Ich bin selbst Jurist und sage das ganz offen. Mir fällt es schwer zu verstehen, dass das Verfassungsgericht der Republik Slowenien bestimmte gesetzliche Regelungen der Regierung, die zum Zeitpunkt der drohenden Coronavirus-Epidemie nur dem Schutz der Bürger dienten und von vielen anderen betroffenen Ländern analog eingeführt wurden, für verfassungswidrig erklärt hat.

Zum anderen möchte ich bei dieser Gelegenheit sagen, dass ich seit mehr als vier Jahren eine Verfassungsbeschwerde beim Verfassungsgerichtshof anhängig gemacht habe, die vorrangiger behandelt werden sollte. Ich habe im Namen von Frau Svetek, der Tochter eines der im sogenannten Kočevje-Prozess an einem unbekanntem Ort getöteten Verurteilten, eine Verfassungsbeschwerde eingelegt. Die Dame ist schon älter, doch die Angelegenheit kommt nicht vom Fleck. Trotz unzähliger Urgezen, sogar beim Präsidenten des Verfassungsgerichts. Offenbar spielen einige die Karte des Alters der Beschwerdeführerin aus, was wirklich abwertend ist.

Was die nicht gemeldeten Kundgebungen zur Zeit der schlimmsten Epidemie betrifft, so erzähle ich Ihnen nur eine Sache, die mir ein Freund anvertraut hat, der seit vielen Jahren in Frankreich lebt. Dort schreit niemand, dass Frankreich eine Diktatur ist, wie es die Jungen tun, die in langer Unterwäsche und mit Flügeln auf dem Rücken über den Markt von Ljubljana laufen. Dort, so erzählt ein Freund, würden Polizisten zunächst mit einem Megaphon Straftäter auffordern, sich zu entfernen, und sie warnen, dass sie mit ihrem Verhalten Menschen gefährden. Der nächste Schritt wäre dann, wenn die Leute sich nicht zerstreuen würden, der Einsatz von Tränengas, Wasserwerfern und Schlagstöcken. Das ist das, was man in einer Demokratie tut. Wir werden angeblich von einer düsteren Diktatur regiert und dulden solche Kundgebungen während der schlimmsten Epidemie stillschweigend. Eine verkehrte Welt!

DEMOKRACIJA: Es ist offensichtlich, dass das derzeitige Verfassungsgericht in seiner Weltanschauung stark nach links tendiert. Was sagen Sie zu der Tatsache, dass Prof. Dr. Janez Kranjec kürzlich von der Nationalversammlung nicht zum Verfassungsrichter bestimmt wurde? Marjan Šarec, der Vorsitzende der nach ihm benannten Liste, bezeichnete dies als einen großen Sieg der Opposition...

Cerjak: Die Tatsache, dass ein so angesehener Jurist wie Dr. Janez Kranjec (ich erinnere mich noch an ihn als einen der ehrlichsten und fairsten Professoren der Fakultät) nicht zum Richter des Verfassungsgerichts gewählt wurde, ist kein Sieg der Opposition. Dies ist ein Sieg des Wahnsinns. Die Aussage von Herrn Šarec sagt so ziemlich alles über ihn aus...

DEMOKRACIJA: Die Europäische Kommission hat, glaube ich, am 20. Juni ihren zweiten Jahresbericht veröffentlicht, der Teil des umfassenden Mechanismus zur Überwachung der Rechtsstaatlichkeit in der Europäischen Union und den Mitgliedstaaten ist, der letztes Jahr eingerichtet wurde. Ziel des Berichts ist es, das gemeinsame Verständnis der Grundwerte zu stärken, eine Kultur der Rechtsstaatlichkeit zu fördern und damit die Achtung dieses Prinzips in der Europäischen Union insgesamt zu stärken. Was sagen Sie generell zu solchen Berichten?

Cerjak: Solche Berichte sind in den meisten Fällen eher ein politisches Pamphlet, das nichts mit der Realität zu tun hat. Einige gut bezahlte Brüsseler Beamte schreiben solche Berichte auf der Grundlage von Informationen, die sie von Leuten aus unserem Land erhalten, die sich öffentlich vor Denkmälern für Verbrecher verneigen. Das ist traurig. Wie ich schon sagte, haben solche Berichte meist nichts mit der Realität zu tun. Aber sie werden von den beherrschenden Medien in unserem Land gut genutzt...

DEMOKRACIJA: In der ehemaligen kommunistischen Parteizeitung Delo war dieser Bericht für Slowenien mit der Überschrift „Das Prinzip der Teilung der Macht hat begonnen“ versehen. Stimmt das? Ich persönlich habe den Eindruck, dass die ehemalige Staatsgewalt mit ihren gerichtlichen Entscheidungen systematisch die Effizienz der Exekutive untergräbt...

Cerjak: Ich habe Delo schon lange nicht mehr gekauft, auch keine anderen Tageszeitungen. Das ist eine Geldverschwendung. Ich lese lieber Texte, die online frei verfügbar sind. Ich kenne also den Inhalt dieses Artikels nicht in dem Maße, dass ich ihn kommentieren könnte. Aber ich habe den Eindruck, dass Ihr Gefühl Sie nicht trügt.

DEMOKRACIJA: Im September letzten Jahres hat die Nationalversammlung der Republik Slowenien Sie auf Vorschlag der Regierung zum Supervisor der Slowenischen Presseagentur (STA) ernannt. Der Streit zwischen der STA, die von Bojan Veselinovič geleitet wird, und dem Kommunikationsbüro der Regierung (UKOM), das von Uroš Urbanija geleitet wird, zieht sich schon seit Monaten hin. Was ist Ihrer Meinung nach der Kern des Streits?

Cerjak: Seit Mitte letzten Jahres fordert der Vertreter des Gründers vom Direktor der STA bestimmte Unterlagen an. Der Direktor, der zuvor einen Vertrag mit dem früheren Management der UKOM unterzeichnet hatte – und in diesem Vertrag sind auch die Verpflichtungen der STA klar definiert (Journalisten der vorherrschenden Medien vergessen diesen Vertrag gerne) – hat, anstatt die Unterlagen auszuhändigen, all seine Bemühungen darauf gerichtet, eine Entschuldigung für die Nichterfüllung seiner Verpflichtungen zu finden. Er beauftragte sogar einen Anwalt, der laut Direktor Veselinovič einer der größten Experten für Gesellschaftsrecht in Slowenien ist, und dieser stellte fest, dass der Vertrag in dem Teil, in dem es um bestimmte Verpflichtungen der STA geht, nichtig sei. Derselbe Experte erläuterte dann ohne Wissen der Aufsichtsratsmitglieder und in Anwesenheit des Aufsichtsratsvorsitzenden gegenüber Journalisten, die vom STA-Direktor in der Lobby des STA-Gebäudes „versammelt“ worden waren, Dinge über die Aufsichtsratssitzung. Dafür erhielt er ein Honorar von 1.800,00 Euro. Offenbar ist das ein Betrag, bei dem manche feststellen, dass sogar die Erde eine Scheibe ist.

DEMOKRACIJA: Inwieweit ist die Geschäftsdokumentation für Veselinovič belastend?

Cerjak: Das wird die Zeit zeigen. Aus meiner persönlichen Erfahrung kann ich Ihnen jedoch sagen, dass es sich in den meisten Fällen, in denen die Geschäftsführung dem Gesellschafter das Recht auf Informationen verweigert, das im Gesellschaftsgesetz geregelt ist, um Fälle handelt, in denen die Geschäftsführung dem Eigentümer etwas verheimlicht.

DEMOKRACIJA: Nun, wir selber haben das Gefühl, dass der Streit mit UKOM Veselinovič gelegen kommt, damit er sich politisch instrumentalisieren kann, um die Regierung im In- und Ausland zu verleumden. Ich denke, das ist ganz im Sinne der Opposition und ihrer politischen Paten aus den Kreisen des sogenannten tiefen Staates...

Cerjak: Ich glaube, das Gefühl täuscht Sie nicht.

DEMOKRACIJA: Vor einigen Tagen hat das Verwaltungsgericht dem Antrag der STA stattgegeben und die Umsetzung des Dekrets über die Erbringung öffentlicher Dienstleistungen der STA ausgesetzt, das Anfang Juni von der Regierung verabschiedet worden war. Damit wollte sie die Erbringung des öffentlichen Dienstes und die Finanzierung der STA genauer regeln. Direktor Bojan Veselinovič begrüßte die Entscheidung des Gerichts mit großer Genugtuung. Ihr Kommentar?

Cerjak: Ein Kommentar wird möglich sein, wenn die Entscheidung des Gerichts endgültig ist. Dies gilt jedoch derzeit nur für die erste Hälfte. Meiner Meinung nach wird eine Berufung gegen diese Entscheidung, die noch nicht endgültig ist, folgen...

DEMOKRACIJA: Vor ein paar Tagen ist Ihr Buch „Freiheit und Hoffnung“ im Verlag Nova obzorja erschienen. Wie sind Sie auf die Idee zu diesem Buch gekommen?

Cerjak: Die Idee zu diesem Buch habe ich schon lange im Kopf. Ich habe den Stoff schon mehrmals geschrieben, aber dann, weil er mir nicht gefiel, habe ich ihn auch vernichtet. Als ich dann an Corona erkrankte, habe ich die Zeit der Selbstisolation genutzt, um das Buch zu vollenden. Ich wollte auch Material aus unserer verschwiegenen Geschichte literarisch verarbeiten, das, zumindest soweit ich weiß, in unserem Land noch nicht aufgearbeitet worden ist. Die endgültige Bewertung werden aber die Leser erteilen.

DEMOCRACIJA: Können Sie unseren Lesern ein paar Worte zum Inhalt des Buches sagen?

Cerjak: Es geht um das Schicksal von zwei guten Menschen, dem Sohn eines ermordeten Heimatschützers und einem jungen Partisanen. Ihre Lebensschicksale treffen sich zufällig im Jahr 1990. Ich habe in dem Buch auch einige reale historische Persönlichkeiten erwähnt, wie z.B. den Kommandanten der Heimwehr Krenner, Dr. Kante, usw.

DEMOKRACIJA: Was ist die Hauptbotschaft dieses Buchdebüts von Ihnen?

Cerjak: Wahrheit und Erkenntnis befreien...

DEMOKRACIJA: Abschließende Frage: Seit die jetzige Regierung im Amt ist, erleben wir gewalttätige Angriffe der linken Opposition, der linken Agitprop-Medien und des sogenannten tiefen Staates auf sie. Nächstes Jahr werden in Slowenien Wahlen stattfinden. Welche Erwartungen haben Sie diesbezüglich?

Cerjak: Heute lese und höre ich, dass diese Regierung am Ende ist. Das Ergebnis des Wasserreferendums hat das angeblich bestätigt. Das ist Unsinn! Bis zu den Wahlen ist es noch ein weiter Weg, und die öffentliche Meinung kann sich im Handumdrehen ändern.

Ich selbst erwarte, dass die Bürger endlich herausfinden werden, wer die slowenischen Mickyäuse, Supermans und Anna Kareninas waren... Der Herbst wird interessant werden.

Radovan Cerjak wurde 1967 in Slovenj Gradec (Windischgrätz) geboren. In Velenje (Wöllan) besuchte er das damalige Gymnasium für Sozialwissenschaften. Er schloss sein Studium an der Juristischen Fakultät der Universität Ljubljana (Laibach) ab. Er arbeitet in einer Anwaltskanzlei im Zentrum von Ljubljana. Er ist als sehr guter Anwalt bekannt. In der Vergangenheit hat er sich bereits mit vielen wichtigen Siegen vor Gericht bewährt, unter anderem vor dem Verfassungsgericht der Republik Slowenien. Er ist auch gesellschaftlich und journalistisch aktiv.



Dieser Beitrag erschien zuerst in [DEMOKRACIJA](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

01) Illegaler Migrant, Brandstifter und Mörder: die Verantwortung zweier Minister

16. 08. 2021



Bildquelle: VoxNews

Der französische Inneminister Darmanin und Justizminister Dupont-Moretti, jeder in seinem Zuständigkeitsbereich, sind ernsthaft in den Fall des illegalen Migrants und Mörders des Priesters Olivier Maire verwickelt, der vor einem Jahr die Kathedrale von Nantes in Brand gesetzt hatte und auf freiem Fuß war. Die Verteidigung dieser beiden Männer und ihrer Komplizen in den Medien ist zweifach: Erstens ist die Kirche irgendwie das – ehrenwerte – Risiko eingegangen, den Verbrecher zu beherbergen. Die zweite ist, dass alles im Einklang mit dem Gesetz war und dass es nicht anders möglich war. Wer würde diesen Unsinn glauben?

Ein Reporterteam hat sich nach Saint-Laurent-sur-Sèvres (3.600 Einwohner) begeben, wo dieser Priester, Olivier Maire, am Sonntagabend ermordet wurde. Bewundernswerter Konsens: Alle Einwohner, die wir getroffen haben, finden diese Aufnahme von illegalen Kriminellen erfreulich, auch wenn einige die Wohltätigkeit „missbraucht“ (sic!) haben mögen. Wir treffen zufällig in einer Straße des Dorfes einen auf die Aufnahme von Migranten spezialisierten Psychologen, der uns einen Kurs über die Begleitung von Flüchtlingen gibt und der die Ausnutzung des Vorfalls durch die Rechte und die extreme Rechte bedauert, „was unseren niedrigsten Instinkten schmeichelt“.

Nach dieser Art von „Zeugenaussage“ können Darmanin und Dupont-Moretti natürlich gut argumentieren, dass das Risiko, das mit dieser Aufnahme verbunden war, eine Entscheidung des Opfers war, die durch den Gemütszustand der Dorfbewohner verstärkt wurde, die sich offenbar einstimmig über die Aufnahme eines „Flüchtlings“-Mörders freuten.

Aber dieser Mann wurde freigelassen, obwohl bekannt war, dass er sich des Brandes der Kathedrale von Nantes schuldig gemacht hatte (er hatte gestanden). 2012 nach Frankreich eingereist, verdächtigt, am Völkermord in Ruanda beteiligt gewesen zu sein (wie sein Vater, der für seine Verbrechen zum Tode verurteilt und hingerichtet wurde), seit 2019 abschiebbar, ist er auf unsere Kosten in Frankreich umhergezogen, hat sich überhaupt nicht versteckt, war mehrmals verhaftet worden und wurde im Juni wieder freigelassen. Für einen Mann, der eines Verbrechens gegen die Menschlichkeit und der Beteiligung an einem Völkermord verdächtigt wurde, der der Brandstiftung überführt wurde und der sich seit fast zehn Jahren in einer irregulären Situation befand, genoss er eine seltsame Milde.

Die beiden Minister plädierten dafür, dass die Person, die auf dem Papier abschiebbar sei, in Wirklichkeit nicht abgeschoben werden könne, und zwar gerade wegen des Brandanschlags auf die Kathedrale von Nantes, weil man die Entscheidung des Gerichts abwarten müsse. Mit anderen Worten, der kriminelle illegale Einwanderer hat einen Vorteil gegenüber dem normalen illegalen Einwanderer: Er hat das Recht, im Land zu bleiben, freigelassen zu werden und Unterkunft und Verpflegung zu erhalten.

Ist es verboten, schlechte Gesetze zu reformieren?

Aber bedeutet das, dass dieses Gesetz unabänderlich ist, dass es verboten ist, schlechte Gesetze zu reformieren? Wozu sind diese Minister denn da?

„Der französische Staat war bei dem Rendezvous dabei“, fügt er hinzu. Der Mann wurde nicht aus dem französischen Hoheitsgebiet ausgewiesen, weil er es nicht konnte. Aber was ist dann der Sinn des Begriffs „Ausweisung“ überhaupt? Und auf jeden Fall erklärt Darmanin nicht, warum der Mörder trotz seines Geständnisses über den Brand der Kathedrale auf freiem Fuß war.

Verbrannt durch seine öffentlichen Auftritte während des letzten Wahlkampfes, zog es Dupont-Moretti vor, auf die Kritik mit einer am Dienstag geposteten Facebook-Nachricht zu reagieren: „Die letzte Verpflichtung, das Territorium zu verlassen, der der Verdächtige unterlag, wurde nicht durchgesetzt [...] um der Gerechtigkeit willen“ (sic!). Sehr umständlich erklärt Dupont-Moretti dann, dass, wenn der Verbrecher „abgeschoben worden wäre und sich so seinem Prozess entzogen hätte, ohne dass er die Gewissheit gehabt hätte, dass seine Strafe in seinem Herkunftsland vollstreckt würde“, ihm sicherlich ein Vorwurf gemacht worden wäre. Aber ein Mord später rechtfertigt in keiner Weise seine Freilassung auf französischem Staatsgebiet.

Quelle: [Present.fr](https://www.present.fr)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Italien: Salvinis Glaubwürdigkeit steht auf dem Spiel

Von Bill Ravotti

13. 08. 2021



Matteo Salvini · Foto: Facebook

Draghi hat ihm am Wochenende mit 800 neuen Illegalen eine klare Botschaft übermittelt. Nachdem Matteo Salvini seine weitere Unterstützung der Regierung mit der Beendigung der illegalen Anlandungen verknüpft hatte, scheint Mario Draghi Salvini am Wochenende mit mehr als 800 neuen Illegalen eine Botschaft geschickt zu haben.

Nach anfänglicher Skepsis folgte Salvini vor Monaten dem Rat des inneren Kreises der Lega, sich der Einheitsregierung Draghis in Italien anzuschließen.

Die Lega-Insider bestanden darauf, dass Salvinis „EU-Facelifting“ sein Image verbessern und damit seine Aussichten auf das Amt des Ministerpräsidenten erhöhen würde.

Offensichtlich haben sie sich verrechnet und nicht mit dem schnellen Aufstieg von Giorgia Meloni gerechnet, deren Partei in mehreren Umfragen die Lega überholt hat (die Abstände sind gering).

„Die Lega will sich Draghi anschließen, um ihren Namen in Europa reinzuwaschen und ihren Ruf als euroskeptische Partei loszuwerden“, so eine hochrangige Quelle der Lega, die die Politik mitgestaltet hatte.

Um ihren Namen reinzuwaschen? Warum eigentlich? Es handelt sich um die Partei, die vor zwei Jahren die EU-Wahlen in Italien dominierte.

Aber wie Salvini schnell feststellt, kann die Lega die Linke in Italien nicht aus der EU herausdrängen. Die Zahlen für die Lega, die bei den letzten EU-Wahlen 2019 die meisten Stimmen erhielt (34 %), sinken weiter. Heute liegt die Lega nur noch bei etwa 20 %, was einen Rückgang von etwa 41 % in nur zwei Jahren bedeutet.

Im Gegensatz dazu erhielten Melonis Fratelli d'Italia (FdI) 2019 nur 6,5 % der Stimmen, liegt aber heute bei 20–21 %, was einem Anstieg von etwa 215 % entspricht.

Diese Umfragen stellen eine große Umkehrung des Schicksals dar.

In der Zwischenzeit setzt die Draghi-Regierung die Kapitulation an Italiens Grenzen fort. Am Wochenende erhielten weitere 800 Illegale die Erlaubnis, in Italien zu landen, nur wenige Tage nachdem Salvini erklärt hatte, dass seine Unterstützung für die Regierung gefährdet sei, wenn die Landungen fortgesetzt würden.

Welchen Beweis braucht Salvini denn noch?

Ein deutsches Migranten-Überführungsschiff mit 257 Illegalen an Bord legte am Samstag in Sizilien an, nachdem die italienischen Behörden die Erlaubnis erteilt hatten... und Stunden später erhielt ein französisches „humanitäres“ Schiff mit 549 Illegalen an Bord eine ähnliche Hafenerlaubnis.

Salvini und die Lega haben sich aus freien Stücken dazu entschlossen, diese einwanderungsfreundliche Regierung zu unterstützen, wohl wissend um die Vergangenheit des derzeitigen Innenministers in Sachen Migration. Es ist schwer zu verstehen, dass Salvini dachte, die Dinge würden anders laufen.

Das war ein kolossaler Fehler. Nur Giorgia Meloni, als patriotische Opposition, stand zu ihren Prinzipien und weigerte sich, dieses Einheitsregime zu unterstützen.

Ja, Salvini hat giftige Ratschläge erhalten, aber Salvini hat auch einen freien Willen. Er hat sich entschieden, dieser Regierung beizutreten, zu der auch Matteo Renzi und die einwanderungsfreundlichen Sozialisten gehören.

Vor ein paar Tagen hat Salvini klar gesagt, dass seine Unterstützung gefährdet sei, wenn die Regierung Draghi weiterhin die Einreise gewähre.

Es sieht jedoch so aus, als hätte Draghi Salvini gerade seine Antwort geschickt: über 800 Illegale in nur zwei Tagen. Taten sprechen lauter als Worte.

Zweifellos verliert Salvini an Glaubwürdigkeit, und viele sind über seine jüngsten Entscheidungen verwundert. Wenn Salvini jetzt nicht aus der Regierung austritt, wie kann man ihm dann zutrauen, Italien in Zukunft zu führen?

Dennoch braucht Italien (und Europa) sowohl Meloni als auch Salvini im selben Team. Es ist zu befürchten, dass einige (insbesondere die EVP) versuchen, die beiden zu entzweien.

In der Tat sind gewisse Spannungen zu spüren, die die derzeitige rechte Koalition in Zukunft belasten könnten.

Zweifellos hat Salvini in den letzten Monaten sehr enttäuscht, auch wenn der Autor dieser Zeilen noch nicht bereit ist, ihn ohne weiteres über Bord zu werfen. Salvini scheint hingegen wirklich zu entschlossen zu sein, seine Chancen, Italiens nächster Ministerpräsident zu werden, zu kompromittieren. Aber er könnte in einer Regierung Meloni einen sehr guten Innenminister abgeben.

Für Salvini ist es an der Zeit, die EU-Maske abzulegen. Er muss sich Meloni anschließen, um für das Gute zu kämpfen und damit beginnen, Druck auf diese Regierung auszuüben, um Neuwahlen in Italien anzuregen.

Wie viele Landungen sind genug, fragte Salvini neulich. Das ist eine sehr gute Frage, die Salvini selbst beantworten muss, da er diese Regierung weiterhin unterstützt.

Draghi gab seine unmittelbare Antwort mit weiteren 800 Illegalen in zwei Tagen. Jetzt ist es an der Zeit, dass Salvini Draghi mit Taten antwortet, indem er aus seiner Regierung austritt.

Italiens verlorener Sohn muss nach Hause zurückkehren.



Bill Ravotti ist US-Amerikaner und mit einer Tschechin verheiratet. Er ist der Gründer des auf die Analyse des politischen Geschehens in der V4, in den ost- u. mitteleuropäischen Ländern und in der EU spezialisierten unabhängigen Portals V4Report. Bill Ravotti arbeitet als CFP und war 1996 und 1998 republikanischer Kandidat für den US-Kongress. Ferner leitete er den Wahlkampf von P.J. Buchanan in Pennsylvania.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei der [VISEGRÁD POST](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) Éric Zemmour über den Rückgang unserer Freiheiten

Am Vorabend des Beginns des französischen Präsidentschaftswahlkampfes analysiert Éric Zemmour die Lage

13. 08. 2021



Éric Zemmour · Bildquelle: FDS

Was halten Sie von den aktuellen Debatten über die Freiheit der Impfpflicht und die Umsetzung des Impfpasses?

Das Thema Freiheit kommt erst sehr spät in die öffentliche Debatte. Meiner Meinung nach war die größte Freiheitsberaubung die Lockdown-Politik, was alle zu vergessen scheinen. Ich glaube, dass hier ein totalitäres kommunistisches Regime, nämlich China, nachgeahmt wurde und dass, wenn der Lockdown nicht dekretiert worden wäre, niemand es gewagt hätte, dies zu tun. Diese Nachahmung zeigt, dass China das große Land des 21. Jahrhunderts sein wird: Sein Einfluss ist in der Tat vergleichbar mit dem Einfluss, den die Vereinigten Staaten nach dem Ersten Weltkrieg auf Europa hatten. Einige wenige – wie Paul Morand oder Robert Aron – waren sich damals darüber im Klaren, dass die Amerikaner die Großmacht des Jahrhunderts sein würden, weil sie die Fähigkeit besaßen, in die Köpfe einzudringen und ihre Sicht der Welt durchzusetzen. Ich hoffe zwar, dass ich mich irre, aber ich glaube, dass wir mit China das Gleiche erleben. Die totalitären Methoden, die uns aufgezwungen werden, werden nun als Fortschritt ausgegeben. Ich glaube nicht, dass es ein Fortschritt für die Freiheit ist, wenn man ständig über sein Mobiltelefon oder einen QR-Code geortet wird.

Erleben wir einen noch nie dagewesenen Rückgang unserer Freiheiten?

Diese Frage geht weit über die Frage der Impfung hinaus. Ich will mich hier nicht auf verrückte Diskussionen einlassen, und ich bin auch nicht kategorisch gegen das Impfen, aber ich finde es verrückt, dass es heute in Frankreich unmöglich ist, die Impfstrategie für alle in aller Ruhe in Frage zu stellen. Wenn Risikopersonen geimpft werden, ok. Aber ich verstehe immer noch nicht, warum junge Franzosen geimpft werden sollen, die das Virus vielleicht übertragen könnten, ohne dabei jedoch die Geimpften zu gefährden! Die Frage, die sich stellt, ist also die nach der Freiheit. Aber wir müssen dies mit der Suche nach dem allgemeinen Interesse in Einklang bringen. Wir haben das Recht und sogar die Pflicht, dieses instabile Gleichgewicht zu hinterfragen. Ich bin mir vollkommen bewusst, welchen Schaden eine absolutistische Auffassung von individueller Freiheit seit den 1970er Jahren angerichtet hat, um in dieser Frage nicht sehr vorsichtig zu sein. Andere sind nicht so zurückhaltend. Es ist klar, dass der französische Staatsrat – wie auch der Verfassungsrat, der sich ebenfalls zum Verteidiger der individuellen Freiheiten erklärt hat – in dieser Krise alle möglichen Einschränkungen in Kauf nimmt. Andererseits, und das ist mir aufgefallen, wurde die Entscheidung der Regierung, die Familienzusammenführung von Migranten während dieser Gesundheitskrise auszusetzen, aufgehoben. Die individuellen Freiheiten von Migranten werden von den Richtern somit besser geschützt als die der Franzosen.

„Ich weiß, was zu tun ist, aber die Franzosen müssen ebenfalls kampfbereit sein und sich weigern, der herrschenden Propaganda weiter zu folgen“.

Quelle: [Valeurs actuelles](#) / [Fdesouche](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER